

## Erste Kiewer Gespräche

Deutsch – Ukrainische Tagung zur zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit



Sachbericht von Stephan Malerius

Konferenzkoordination Europäischer Austausch gGmbH

Berlin, Herbst 2005

## Ziele und Erwartungen

Durch die breite gesellschaftliche und politische Protestbewegung, die im Winter 2004/2005 zum Machtwechsel in Kiew geführt hatte, ist die Ukraine verstärkt in das Blickfeld der deutschen und europäischen Öffentlichkeit geraten. Der Sieg der „Orangen Revolution“ wurde von einer aktiven und kampagnefähigen Zivilgesellschaft errungen, die jetzt verstärkt den Anschluss an europäische Netzwerke und Erfahrungen sucht. Die Ereignisse im vergangenen Winter nahm der Europäische Austausch zum Anlass, mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und des Auswärtigen Amtes und in Partnerschaft mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Deutschen Welle die „Kiewer Gespräche“ als ein bilaterales Gesprächsforum zu initiieren. Ziel der Kiewer Gespräche ist es, den Dialog zwischen der deutschen und ukrainischen Zivilgesellschaft durch jährliche Konferenzen zu fördern, die alternierend in Deutschland und der Ukraine abgehalten werden. Zielgruppen dieser Konferenzen sind „stakeholders“ von NGOs und aus den Feldern Medien, Kultur, Politik und Verwaltung. So soll schrittweise eine Kerngruppe von Experten entstehen, mit der nicht nur die bilateralen Kontakte zwischen Deutschland und der Ukraine verstärkt werden, sondern in der auch ein aktiver Dialog über die europäischen Zivilgesellschaften stattfindet. Deutschland und die Ukraine sind nicht zuletzt deshalb Schlüsselpartner in einem solchen Dialog, da Deutschland zu den Ideegebern eines vereinigten Europas gehörte und die Ukraine unter den EU-Nachbarstaaten gegenwärtig einer der aktivsten Prätendenten auf eine Mitgliedschaft in der oder zumindest eine enge Assoziierung zur EU ist.

Die „Ersten Kiewer Gespräche“ fanden in Form einer 3-tägigen Konferenz in Berlin statt und boten ukrainischen und deutschen Multiplikatoren aus den genannten Feldern Gelegenheit zum Austausch. Auf verschiedenen Panels und in Arbeitsgruppen wurden gemeinsame Fragestellungen diskutiert und neue Perspektiven für die politische und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine erörtert. Gleichzeitig wurden auch Vertreter aus angrenzenden Ländern eingeladen, um eine rein bilaterale Fokussierung der Veranstaltung zu vermeiden. Die Ersten Kiewer Gespräche waren eine Art Testlauf, der, so erfolgreich, darin münden sollte, dass das Format mittelfristig regelmäßig stattfindet.

Als Themenschwerpunkt für die Ersten Kiewer Gespräche wurde „Bürgergesellschaft und politischer Umbruch“ gewählt, da die Frage nach der Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen bzw. der Kontrolle der Politik durch die Gesellschaft während und auch nach der Orangen Revolution in der Ukraine stark diskutiert wurde. Mit den Ereignissen im Herbst 1989 und dem Prozess der Wiedervereinigung gibt es zu diesem Themenschwerpunkt zudem auch eine noch frische deutsche historische Erfahrung. Die Entlassung der Regierung Timoschenko im September und

die nachfolgende politische Krise in der Ukraine sowie die Ergebnisse der Bundestagswahlen im Herbst in Deutschland verliehen dem Thema zusätzlich tagespolitische Aktualität.

Als ein wichtiges Ziel der Konferenz galt weiterhin die Vernetzung der Tagungsteilnehmer untereinander. Zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Bürgern aus Deutschland und der Ukraine sollten gefestigt oder überhaupt erst angebahnt werden. Darüber hinaus verfolgten die Kiewer Gespräche das Ziel, die Sachkenntnis deutscher Teilnehmer über gesellschaftliche Entwicklungen in der Ukraine sowie der ukrainischen Teilnehmer über die deutschen historischen Erfahrungen bei den Transformationsprozessen nach 1989 zu erhöhen. Schließlich wollten die Kiewer Gespräche einen Beitrag dazu leisten, dass die Ukraine nicht so schnell wieder von der politischen Tagesordnung in Deutschland verschwindet, das öffentliche Interesse für das Land erhalten bleibt und von Deutschland Impulse ausgehen für eine Diskussion um die europäischen Perspektiven der Ukraine.

Die Idee zur Einrichtung eines Forums für den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen der Ukraine und Deutschland entstand im Frühjahr 2005. Die Autorschaft für die Idee lag bei Katja Petrowskaja und Tobias Münchmeyer. Beide konnten den Europäischen Austausch, der sich gerade in der Gründungsphase befand, gewinnen, die Federführung in dem Projekt zu übernehmen. Die Robert Bosch Stiftung erklärte sich bereit, als Initiatorin in das Projekt mit einzusteigen, für das das Label „Kiewer Gespräche“ gefunden wurde. Schnell schlossen sich außerdem die DGO als strategischer Partner und die DW als Medienpartner dem Vorhaben an. Das Auswärtige Amt war ebenfalls noch in der Anfangsphase bereit, das Projekt finanziell mit zu tragen. Somit war ein Konsortium von Institutionen mit beeindruckender Sachkompetenz gefunden, die auch mittelfristig bereit waren, das Projekt mit zu gestalten und zu unterstützen. Die technische Gesamtkoordination der Kiewer Gespräche lag von Beginn an beim Europäischen Austausch.



Katja Petrowskaja, Tobias Münchmeyer und Elfie Siegel

Parallel zur Bildung des Konsortiums für die Kiewer Gespräche wurden deutsche Politiker für die Schirmherrschaft angefragt. Hier konnten Katrin Göring-Eckardt, damals noch Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (heute Bundestagsvizepräsidentin) und Volker Rühle,

damals noch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags (heute Bundesminister a.D.) gewonnen werden. Beide besitzen gute Kontakte in die Ukraine, sind nachhaltig an den Entwicklungen im Land interessiert und waren auch während der Orangen Revolution in der Ukraine.

Ausgehend von dem Untertitel „Bürgergesellschaft und politischer Umbruch“ bildeten vier übergeordnete Fragekomplexe den Ausgangspunkt für die thematische Ausgestaltung der Kiewer Gespräche. Sie wurden zugleich die Leitfragen für die einzelnen Panels:

- Elitenwechsel in posttotalitären Transformationsgesellschaften – welche Bindungen, Verbindlichkeiten bestehen, wie sind Funktionswechsel transparent und demokratisch durchführbar und kontrollierbar?
- Wer übernimmt Funktionen der gesellschaftlichen Kontrolle bei einem fast vollständigen Wechsel zivilgesellschaftlicher Akteure der Vergangenheit in politische Verantwortung unter einer neuen Regierung (vgl. das Beispiel Georgien)?
- Welche Formen von Partizipation haben sich in der Vergangenheit in Transformationsgesellschaften bewährt, welche Institute der Bürgerbeteiligung funktionieren auf regionaler und zentraler Ebene?
- Welche Rolle spielen die Medien bei der Kontrolle von politischen Mandatsträgern durch Bürgerinnen und Bürger? Wie kann die kritische Rolle der „vierten Gewalt“ gestärkt werden, welche Rolle kommt dabei der internationalen Gemeinschaft zu?

Diese Leitfragen dienten der Steuerungsgruppe als Orientierungspunkte bei der Anfrage der Diskussionsteilnehmer und den Moderatoren als Strukturierungshilfe für die Paneldiskussionen.

## **Projektdurchführung**

Am Nachmittag fand ab 16.00 Uhr die Eröffnung der „1. Kiewer Gespräche“ in der Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung in Berlin statt. Am Beginn stand die Begrüßung der Teilnehmer zunächst durch Markus Hipp, den Leiter der Robert Bosch Stiftung in Berlin, dann durch Carsten Lenk aus dem Referat Völkerverständigung Mitteleuropa, Osteuropa der Robert Bosch Stiftung, schließlich durch Stefanie Schiffer, der Geschäftsführerin des Europäischen Austausch.



Carsten Lenk

Es schloss sich die erste Paneldiskussion an mit den deutschen Schirmherren der Kiewer Gespräche, Frau Göring Eckardt und Herr Rühle, sowie Mykola Tomenko, Vizepremier in der Regierung Timoschenko und Igor Ostasch, stellvertretender Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Werchowna Rada. Während die ukrainischen Gäste sich in ihren Statements auf die Darstellung der Situation nach der Regierungskrise in der Ukraine im September und den Ausblick auf die Parlamentswahlen im März 2006 konzentrierten, forderten Rühle und Göring-Eckardt ein stärkeres Engagement Deutschlands und der EU für die Ukraine, um so aktiv die Konsolidierung des begonnenen demokratischen Transformationsprozesses zu unterstützen.

Die ersten informellen Gespräche konnten im Anschluss bei einem Sektempfang geführt werden.



Volker Rühle und Mykola Tomenko in der Eröffnungsrunde

Das zweite Panel des Abends war der Rolle von Kultur und Medien in der Bürgergesellschaft bzw. bei politischen Umbrüchen gewidmet. Panelteilnehmer waren Olena Prytula von der Zeitung „Ukrainska Prawda“ aus Kiew, Taras Wozniak von der Zeitschrift „Ji“ aus Lwiw sowie der deutsche Autor Walter Mossmann und der ungarische Schriftsteller György Dalos. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach dem Beitrag der bürgerschaftlichen Kräfte an den politischen Wenden in Mittel-Osteuropa in

den vergangenen 20 Jahren und dem Einfluss des Kulturaustausches mit dem Westen auf die Entwicklung in der Ukraine. Dalos hob hervor, dass in der Ukraine eine „verspätete“ Nationenbildung in der Zeit der Globalisierung stattfindet und dass unter diesen Bedingungen die Nation leicht zu erkämpfen, aber schwer zu erhalten sei. Die Ereignisse im Dezember 2004 seien keine Revolution gewesen, daher stimmten auch die Beiworte nicht, weder für die Ukraine noch für die anderen Länder (orangen, Rosen-, Nelken-). Die Teile der Elite, die die Macht wollten, nutzten die Bewegung aus, nur um an die Macht zu kommen. Die Bewegung müsse erhalten werden, die Elite müsse kritisiert werden.

Olena Prytula vertrat die These, dass es keine wirkliche politische Opposition mehr in der Ukraine gebe und dass die Massenmedien nun diese Rolle auszufüllen hätten.

Walter Mossmann fragte, was von dem Enthusiasmus der Revolution aus Kiew in die Regionen zurückkomme, dorthin, woher die Bewegung ihre eigentliche Stärke bezogen hätte. Er habe die "Pomeranzen-Revolution" (der westukrainische Ausdruck für die sog. "orange") immer als ein Civil Rights Movement erlebt und begriffen und diese Bürgerrechtsebene unterschieden von den parteipolitischen Spielen und Kämpfen der Akteure auf der großen Bühne. Die ukrainische Bürgerrechtsbewegung habe nicht nur Vorläufer gehabt in Osteuropa, sie habe auch enorm profitiert vom Kulturaustausch der letzten 15 Jahre mit dem Westen und den zivilgesellschaftlichen Erfahrungen dort. Ohne die Leistung der Revolution zu mindern oder gar als Import aus Westeuropa oder den USA zu missverstehen, habe es doch sehr interessante Einflüsse gegeben, die natürlich als eigenständige kulturelle Leistung der Einverleibung, Adaptation, Anverwandlung, Mischung zu verstehen seien.



Olena Prytula und Walter Mossmann

Der Abend klang bei einem Buffet mit musikalischer Begleitung aus. In lockerer Atmosphäre hatten Referenten und Publikum nun Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und Ideen auszutauschen. Der Abend war mit zeitweise über 250 Gästen sehr gut besucht. Die gesamte Konferenz wurde von Nadja Simon und Jurij Durkot simultan zweisprachig, in deutscher und ukrainischer Sprache gedolmetscht.

Die Kiewer Gespräche wurden am Samstag im Roten Rathaus fortgesetzt. Auf dem ersten Panel des Tages stand die Perspektive der Nachbarn im Mittelpunkt. Unter der Moderation von Gerhard Simon diskutierten hierzu Anatoli Michailow, Rektor der EHU in Vilnius/Minsk, Andrej Zagorskij von der MGIMO aus Moskau, Pawel Kazanecki vom East European Democratic Center aus Warschau sowie Halyna Usatenko von der Stiftung „Europe XXI“. Simon griff in seiner Anmoderation die Frage vom Vortrag auf, inwiefern der Umbruch in der Ukraine als Revolution zu bezeichnen sei und vertrat die These, dass es eher ein Aufbruch in europäische Normalität durch revolutionäre Schritte sei.

Zagorski beschrieb die Moskauer Perspektive, aus der die „orangene Revolution“ als Teil eines Prozesses gesehen werde, der die herrschende Struktur in der russischen Führung in Frage stellen könne. Sie werde als Teil einer amerikanischen Verschwörung gegen Russland interpretiert. Gleichzeitig sei man sich in Russland darüber bewusst, dass es in der Ukraine weniger um eine demokratische Veränderung, als um eine machtpolitische Verschiebung gehe. Wie reagiere nun Russland? Zagorski hob vier Punkte hervor:

1. Durch die Ausweitung der Kontrolle über die NGOs – verstärkte Finanzkontrolle politisch aktiver NGOs.
2. Durch Versuche, die Wahlbeobachtungen der OSZE auszuschalten oder durch parallele Beobachtungen zu relativieren.
3. Durch Versuche, die zentrale Wahlkommission bei den bevorstehenden Wahlen in den Stand zu versetzen, Wahlergebnisse (nach westeuropäischem Vorbild) sofort, d.h. noch am selben Abend bekannt zu geben. Damit soll Protestpotential ausgeschaltet werden.
4. Wichtig sei nicht, wer auf dem „Majdan“ ist, sondern wer ZUERST auf dem Majdan ist. Es gäbe Versuche, populäre Bewegungen (wie „Naschi“) von oben zu installieren, die Massenaktionen initiieren können und damit dem Protestpotential der Bürgergesellschaft zuvorkommen könnten.

Pawel Kazanecki beschrieb, dass die Polen im Majdan ihre „zweite Jugend“ erlebten.



Pawel Kazanecki und Gerhard Simon

Die junge Generation, die die Solidarnosc nicht mehr aktiv erlebt habe, hätte im Majdan „ihre“ Jugendrevolution entdeckt. Für die politische Elite Polens gelte: Revolutionen sind wichtig für die PR. Ein polnischer Politiker, der etwas werden wolle, MÜSSE auf dem Majdan gewesen sein.

Das dritte Panel war dem Thema „Nationale Identität: Ukraine – Deutschland“ gewidmet. Leitfragen waren u.a.: Ist die nationale Identifizierung Voraussetzung dafür, sich politisch zu engagieren? Wie identifizieren sich die Bürger der Ukraine und Deutschlands? Welche Gruppen in der Gesellschaft nehmen Verantwortung auf sich und beteiligen sich an politischen Geschehnissen des Landes? Hierzu diskutierten Mykola Rjabtschuk von der Zeitschrift „Krytyka“, Iosif Siesels, Vorsitzender der Vereinigung jüdischer Organisationen in der Ukraine, Basil Kerski von der Deutsch-Polnischen Zeitschrift „Dialog“ sowie Jens Reich, Essayist und Mitbegründer des Neuen Forums.

Mykola Rjabtschuk knüpfte an die These von Dalos an, dass die Ukraine eine verspätete Nationenbildung durchlebe. Der Prozess sei unabgeschlossen, und in der Ukraine bestehe ein hoher Diskussionsbedarf über dieses Thema. Nationenbildung und Identitätsfrage seien ein ukrainischer „Komplex“. Eine Ablehnung der EU auf Mitgliedschaft würde von der Ukraine als Absage an die ukrainische Identität (fehl-)interpretiert werden. Die Identität sei von außen und von innen bedroht. Im Inneren durch das ungeklärte Verhältnis zur russischen Minderheit, durch das Erbe der „sowjetischen, falschen Zweisprachigkeit“. Die russische Minderheit werde nicht als Minderheit wahrgenommen und in ihren Rechten nicht akzeptiert. Insgesamt existiere eine paradoxe Situation in der Ukraine in Bezug auf die russische Minderheit: Früher waren die Ukrainer eine Minderheit unter den Russen, jetzt sind sie eine Mehrheit gegenüber der russischen Minderheit im neuen Nationalstaat und könnten deren Rechte nicht ausreichend wahren.

Nach dem Mittagessen folgte die Aufteilung der Teilnehmer in drei Arbeitsgruppen (AG 1: Bürgergesellschaft und Regierung, AG 2: Medien; AG 3: Jugend). Hier seien nur stichwortartig einige der interessantesten Thesen wiedergegeben:

#### AG Medien:

Eine wichtige Frage war: Ist die Pressefreiheit in der Ukraine gewährleistet? 70% der Medien sind frei. Weisungen aus der Präsidialverwaltung, wie sie früher üblich waren, unterbleiben. Journalisten können selbst entscheiden, worüber und wie sie berichten. Medien sind mittlerweile auch zu einem Markt geworden – in den Medien kann man Geld verdienen. Medien beginnen, ihre Kontrollfunktion auszuüben: Unlängst wurde die Steuererklärung des Präsidenten veröffentlicht.

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk wurde nach der Revolution nicht eingerichtet. Eine neue Chance ist die Zeit unmittelbar nach der Parlamentswahl 2006. Auf die Gewerkschaften kommen neue Aufgaben zu: Sie müssen Journalisten schützen. Tarifverträge müssen erarbeitet werden.

#### AG Jugend:

Anastassija Beswercha aus Kiew berichtet von dem Schub an Selbstbewusstsein, das die ukrainische Jugend durch den Majdan erhalten habe. Aber ohne die Studentenproteste gegen Kutschma 2000/2001



(„Ukraine ohne Kutschma“) wäre der Majdan nicht denkbar gewesen. Die Jugend habe gelernt. Der Zugang zu Internet, Reisen und Informationen seien enorm wichtig, gute Kommunikation ein Schlüsselement. Dadurch sei in den 90er Jahren eine kritische Generation entstanden.

Dass die Eliten sie letzten Endes enttäuscht hätten und Juschtschenko seinen „Pakt mit der Jugend“ gebrochen habe, sei nicht mehr wesentlich im Vergleich zu dem Politisierungsprozess und der Selbstvergewisserung, die die Jugend erfahren habe. Insgesamt vertrat Beswercha eine optimistische Position. Aus ihr sprachen Energie und politische Klugheit.

Oleh Levtschenko goss Wasser in den Wein: In Zhmirnica (Westukraine) sei die Jugend enttäuscht, dass den Worten des Majdan keine Taten gefolgt seien. Die Jugend in der Provinz könne nicht wie in Kiew materiell und intellektuell profitieren von der gesellschaftlichen Veränderung. Sie fühle sich verraten. Das Unzufriedenheitspotential sei dort sehr hoch.

Der Sonntagvormittag widmete sich dem Thema „Chancen und Perspektiven der deutsch-ukrainischen Zivilgesellschaft“. Das Panel war mit Manfred Grund von der CDU, Rebecca Harms MdEP von Bündnis 90/Die Grünen sowie Sofia Moreira de Sousa vom Europäischen Rat politisch hochkarätig und international besetzt. Diskutiert wurden hier die europäischen Perspektiven der Ukraine, und es wurde deutlich, dass die deutsche Seite ein großes Interesse an einer engeren Anbindung auch und vor allem der ukrainischen Zivilgesellschaft an europäische Strukturen, Institutionen und Netzwerke hatte. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass die EU bislang kaum geeignete Instrumente besitzt, um diese engere Anbindung auch konkret zu fördern. Nachbarschaftsstrategien und Action Pläne klangen zu unkonkret und beliebig und sind zudem dem komplizierten EU-internen Abstimmungsmechanismen unterworfen.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde Bilanz gezogen und offen und konstruktiv das Format diskutiert reflektiert sowie Empfehlungen für die Zukunft ausgesprochen.

## **Auswertung der Konferenz**

Insgesamt wurde die Veranstaltung von den Teilnehmern sehr positiv bewertet. Zwei der wesentlichen Ziele der Kiewer Gespräche, die Intensivierung der Kontakte zwischen Vertretern der deutschen und ukrainischen Zivilgesellschaften sowie die erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für aktuelle Fragen der Zivilgesellschaft in der Ukraine wurden in vollem Umfang erreicht.

In der abschließenden Diskussion am Sonntag wurden die Kiewer Gespräche (KG) im Plenum evaluiert und Verbesserungsvorschläge zusammen getragen:

### **1. Hinsichtlich des Inhalts:**

- Die Veranstaltung sei zu stark von deutscher Seite geprägt gewesen. Zukünftig müsse auch die ukrainische Seite in die Programmgestaltung einbezogen werden. Da die nächsten KG in Kiew

stattfinden werden, ist das zwangsläufig der Fall. Für die nächsten KG wird ein „Lenkungsausschuss“ (steering committee) gebildet werden, der paritätisch besetzt sein wird.

- Diesem Punkt entsprach auch der Wunsch von mehreren ukrainischen Teilnehmern, mehr über deutsche Themen und Erfahrungen zu hören.

## 2. Hinsichtlich der Organisation:

- Generell bestand noch mehr Bedarf bei den Teilnehmern, sich untereinander kennen zu lernen, und es wurde bemängelt, dass es während der Veranstaltungstage zu wenig Kommunikation gab. Ein wichtiger Punkt hierbei ist auch eine zweisprachige Teilnehmerliste (deutsch, englisch) mit Anschriften und Email-Kontakten der Teilnehmer, die den Kommunikationsprozess schon im Vorfeld stimulieren kann.
- Weiterhin wurde angeregt, zukünftig einen Infotisch einzurichten, der während der gesamten Veranstaltung aufgebaut bleibt, auf dem alle Organisationen die Möglichkeit haben, ihr Material auszulegen. Somit können die Partner sich und ihre Organisationen besser vorstellen. Das kann auch in Form eines Marktes der Möglichkeiten organisiert werden.
- Wichtig sei es, Nachhaltigkeit erzeugen: Eine Zusammenfassung der Tagung sollte ins Internet gestellt werden. Es solle über einen Tagungsmitschnitt nachgedacht werden.
- In jedem Fall sollte in Zukunft auch ein Abschlussbericht von der Veranstaltung für die Teilnehmer zur Verfügung stehen. Die gesamte Veranstaltung müsse protokolliert werden.

## 3. Hinsichtlich des Formats

- Das Format erhielt insgesamt eine gute Resonanz, besonders hervorgehoben wurde die gemeinsame Arbeit und Diskussion in den Arbeitsgruppen. Es gab sogar den Vorschlag, in Zukunft mehr AGs zu organisieren und die Paneldiskussionen zu reduzieren.
- Es könne über die Kiewer Gespräche als Open Space nachgedacht werden, wodurch das zu starre Format der Panels aufgebrochen und der Gesprächscharakter der Gesamtveranstaltung stärker hervorgehoben würde. So würden mehr Möglichkeiten zur Diskussion eingeräumt und langes Referieren der Referenten unterbunden.
- Es gab ein Plädoyer, sich generell auf thesenartige 5 min. Statements zu beschränken. Angestrebt werden sollte zukünftig, dass anstelle von ausgearbeiteten Vorträgen sowohl während der Panels als auch in den AGs „lediglich“ Thesen vorgestellt würden.
- Von einzelnen Teilnehmern wurde der Wunsch geäußert, die Vorträge vorab zur Verfügung zu haben.

## 4. Hinsichtlich der Themen:

- Es wurde angeregt, für die 2. Kiewer Gespräche 2006 ein aktuelles Thema zu wählen, das zum Zeitpunkt der Konferenz relevant ist;

Als mögliche Themen wurden konkret genannt:

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit;
- Regionalismus und Föderalismus (als politisches Konzept);
- Migration;
- Rolle von Bürgerinitiativen;
- Kommunale Selbstverwaltung;
- Rolle der Parlamente;
- Was ist eigentlich Zivilgesellschaft?
- Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft;
- Mix der präsidentiellen-parlamentarischen Staatlichkeit.

## **Perspektiven/ Fortführung der Kiewer Gespräche**

Im Januar und Februar 2006 wurden erste Treffen organisiert, auf denen mit der Planung der Kiewer Gespräche 2006/2007 begonnen wurde. Die Abstimmungen hierzu fanden intern, mit dem Auswärtigen Amt und mit der Robert Bosch Stiftung statt. Die wichtigsten Fragen, die kurzfristig zu klären waren, lauteten:

- Wer soll der strategische Partner für Planung und Organisation der Kiewer Gespräche auf ukrainischer Seite werden?
- Wie soll das „Steering Committee“ besetzt werden, das die Kiewer Gespräche in der Zukunft konzeptionell begleitet?
- Was soll das Thema der 2. Kiewer Gespräche sein?
- Wie soll sich der Teilnehmerkreis für die 2. Kiewer Gespräche zusammensetzen?

Gegenwärtig kann berichtet werden, dass PAUCI (Poland – America – Ukraine – Cooperation Initiative) in Kiew gewonnen werden konnte, sich konzeptionell und finanziell an den Kiewer Gesprächen zu beteiligen. Gemeinsam mit Pauci wurde weiterhin beschlossen, zwischen den jährlich stattfindenden Konferenzen kleinere regelmäßige Diskussionsveranstaltungen zu organisieren, mit denen flexibler auf die tagespolitische Ereignisse reagiert werden könne. Den Auftakt hierfür bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Ukraine vor den Parlamentswahlen“, die von der DGO und Pauci unter dem Label der Kiewer Gespräche am 14. März 2006 in der Europäischen Akademie in Berlin stattfand.

Es herrscht Übereinstimmung bei allen Beteiligten, dass ein halbjähriger Rhythmus für die Kiewer Gespräche weder finanziell noch logistisch einzuhalten sein wird. Somit werden jetzt die 2. Kiewer Gespräche für den Herbst 2006 geplant, mit den Schirmherren ist bereits das Wochenende vom 05. bis 08. 10. abgestimmt. Gleichzeitig wurde insbesondere vom Auswärtigen Amt die Idee begrüßt, die 3.

Kiewer Gespräche im Frühjahr 2007 wieder in Berlin stattfinden zu lassen, da Deutschland von Januar bis Juni 2007 die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen wird.

Thematisch ist geplant, die 2. Kiewer Gespräche dem Thema Jugend (Rolle der Jugend im politische Beteiligungsprozess, Dialog zwischen Jugend und Staat etc.) zu widmen, was in den verschiedenen Gesprächen einhellig begrüßt wurde: Jugend habe bislang keine Stimme in der öffentlichen Diskussion gehabt (außer auf Parteiforen), das Thema sei neu und aktuell, Pauci hat gerade einen Förderwettbewerb zum Thema „Youth Empowerment“ ausgeschrieben. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, zu den 2. Kiewer Gesprächen verstärkt Teilnehmer aus den ukrainischen Regionen einzuladen. Die 3. Kiewer Gespräche im Frühjahr 2007, wieder in Berlin, sollen der europäischen Nachbarschaftspolitik gewidmet werden.